

## In Kürze

## GEWERBEVERBAND

## Für höheres Rentenalter

Die Forderung nach einem Rentenalter 67 steht wieder im Raum: Gestern hat der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) ein Modell für eine stufenweise Anhebung des Rentenalters auf 67 vorgestellt. Demnach soll das Rentenalter ab 2018 während einer Dauer von 12 Jahren angepasst werden. Wann jemand in Pension gehen kann, wäre abhängig von der finanziellen Gesundheit der AHV: Das Rentenalter würde Jahr für Jahr so festgelegt, dass 70 bis 80 Prozent der Ausgaben mit den Beiträgen gedeckt werden könnten. sda

## STEUERDATEN

## EU gibt nicht auf

Für EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta bleibt der automatische Informationsaustausch in Steuerfragen das beste Mittel, um Gelder einzutreiben. Deshalb werde die EU-Kommission auch nicht locker lassen, dieses Prinzip ausserhalb der EU zu vertreten. Die Frage, wann die EU-Kommission mit der Forderung nach dem automatischen Informationsaustausch an die Schweiz herantreten werde, beantwortete Semeta gestern aber nicht. sda

## SCHWERVERKEHR

## Kosten sind nicht gedeckt

Der Schwerverkehr deckt auch nach der vom Bundesgericht abgesegneten Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) seine Kosten nicht. Zu diesem Schluss kommen zwei vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in Auftrag gegebene Studien. Die auf Anfang 2008 vorgenommene Erhöhung der LSVA erweise sich mit Blick auf die Zukunft deshalb als notwendig, schreibt die ARE. Anders sieht dies der Nutzfahrzeugverband Astag: Der Bund sei zu fiskalpolitischen Zwecken einmal mehr nicht vor dem illegalen Griff in die Trickkiste der Statistik zurückgeschreckt, teilte er mit. sda

## PHARMA

## Roche erzielt weniger Umsatz

Der Pharmakonzern Roche hat in den ersten neun Monaten 2010 einen leichten Umsatzrückgang um 1 Prozent auf 36,1 Milliarden Franken verzeichnet. Das Basler Unternehmen spürte den starken Franken und Einbussen beim letztjährigen Umsatzrenner Tamiflu. In lokalen Währungen gerechnet, erzielte Roche ein Wachstum von 2 Prozent. sda

## ARBEITSMARKT

## Immer mehr haben zwei Jobs

Immer mehr Erwerbstätige haben gleichzeitig mehrere Jobs. Es handelt sich vor allem um Frauen, Erwerbstätige mittleren Alters, solche mit hohem Bildungsstand und Selbstständig-erwerbende. Dies zeigt eine Studie des Bundesamtes für Statistik. 1991 gingen 4 Prozent der Erwerbstätigen mehr als einer Arbeit nach, im Jahr 2009 waren es 7,4 Prozent oder 315 000 Personen. sda

## WIRTSCHAFTSRECHTLER PETER V. KUNZ

## «UBS-Affäre ist überstanden»

**Der Berner Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz geht davon aus, dass die UBS die Krise hinter sich hat. Nach dem gestern präsentierten Transparenzbericht rechnet Kunz nicht mit weiteren Prozessen gegen die Grossbank.**

Herr Kunz, wer einige Kilometer zu schnell fährt, wird bestraft, wer wegen Fehlentscheidungen 50 Milliarden Franken verliert, kommt ungeschoren davon. Peter V. Kunz: Das ist leider die Realität. Das juristische Problem ist folgendes: Eine Tempoüberschreitung lässt sich bei Geschwindigkeitskontrollen belegen. Kaum nachweisbar ist aber, was beispielsweise der frühere UBS-Chef Marcel Ospel genau über die Verfehlungen wusste.

**Ist es generell schwierig, Personen in hohen Positionen rechtlich zu belangen?**

Niemand ist rechtlich so gut geschützt wie die oberste Person einer solchen Organisation. Fehler auf den unteren Ebenen schlagen rechtlich meist nicht nach oben durch. Das funktioniert wie die Schottenabdichtung eines Schiffs: Bei einem Leck wird nur ein Teilbereich überflutet. Denn die Mitverantwortung der höchsten Füh-

rungsebene ist fast nie nachweisbar. Falls es ein Fehlverhalten gäbe, so wäre kein Verwaltungsratspräsident so dumm, dies in einem Sitzungsprotokoll festhalten zu lassen und damit Beweismittel gegen sich zu schaffen.

**Auch die UBS will nicht gerichtlich gegen ihre ehemaligen Topmanager vorgehen. Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger nannte als Hauptgrund das Prozessrisiko in den USA.**

Tatsächlich besteht ein solches Risiko. Aber ich glaube nicht, dass dies der Hauptgrund ist. Die UBS dürfte vor allem aus politischen, psychologischen und geschäftlichen Gründen an einem raschen Abschluss der Affäre interessiert sein. Ein Prozess würde sich in die Länge ziehen, er hätte negative Folgen für die Reputation und würde die Wachstumspläne in Asien, Osteuropa und Südamerika behindern.

**Soll der UBS-Transparenzbericht also einen Schlusspunkt unter die Affäre setzen?**

Aus Sicht der UBS: ja. Etwas zynisch könnte man sogar sagen: Die Vorstellung des Berichts war

eine Marketingveranstaltung mit Gratisübertragung im Fernsehen. Das ist kein Vorwurf an die UBS, die das ausgezeichnet gemacht hat. Sie war ja von den Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments dazu aufgefordert worden.

**Gibt es für die UBS in den USA wirklich noch ein Prozessrisiko, nachdem die Schweiz die Forderungen der amerikanischen Steuerbehörden erfüllt hat?**

Der Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA ist nur eine Seite. Weiterhin offen bleibt die Flanke der amerikanischen Investoren, die sich wegen ihrer Verluste betrogen fühlen. Hier droht allen in den USA ansässigen Bankinstituten weiterhin eine zivile Sammelklage. Würde die UBS gegen ehemalige Spitzenleute prozessieren, so könnten amerikanische Sammelkläger die erhobenen Vorwürfe als Beweisführung verwenden.

**Auch in der Schweiz steht die Einführung von Sammelklagen zur Diskussion.** Es ist verständlich, in diese Richtung Überlegungen anzustellen, weil Aktionäre heute mit viel zu



Peter V. Kunz kritisiert das heutige Aktionärsrecht.

hohen Hürden konfrontiert werden, wenn sie eine Verantwortlichkeitsklage gegen Manager einreichen wollen. Ich halte es aber nicht für sinnvoll, gleich das angelsächsische Modell mit Sammelklagen zu übernehmen. Anpassungen im Aktienrecht scheinen aber sinnvoll.

**Im Fall der UBS müssten Aktionäre für über 200 Millionen Franken Sicherheiten leisten, um prozessieren zu können.**

Das Kostenrisiko ist für Aktionäre das Hauptproblem. Sie müssen einen Prozess vorfinanzieren, was ein solches Unterfangen für Kleinaktionäre verunmöglicht. Hinzu kommt: Selbst wenn sie den Prozess gewinnen, erhalten sie keine Entschädigung. Das Geld geht vollumfänglich an die Gesellschaft.

**UBS-Präsident Kaspar Villiger meinte, eine Klage gegen die frühere Führungsriege hätte durchaus Erfolgchancen gehabt.**

Das sehe ich juristisch etwas anders. Verantwortungsklagen sind fast immer chancenlos. Denn die Richter beurteilen nicht im Nachhinein, ob man es hätte besser machen können. Sie prüfen stattdessen, ob die begangenen Managementfehler im damaligen Zeitpunkt nachvollziehbar waren. Und das ist meist der Fall.

**Hat die UBS die Affäre nun überstanden?**

Ja. In den vergangenen zwei Jahren sind keine neuen Verfehlungen mehr ans Licht gekommen. Ich gehe davon aus, dass in diesem Zusammenhang keine weiteren Leute mehr gegen die UBS prozessieren. Gefordert ist nun aber das Parlament.

**Bei den neuen Vorschriften für Grossbanken?**

Ja – ich befürchte aber, dass das Parlament die von einer Expertengruppe ausgearbeiteten Vorschläge für solche Vorschriften verwässert. Das wäre ein Fehler. Zudem bräute es mehr, wenn die Politiker sich bei der aktuellen Revision vor allem mit der Stärkung der Aktionärsrechte beschäftigen würden. Eine Boni-steuer mag zwar populär sein, bringt aber letztlich weniger.

INTERVIEW: BERNHARD KISLIG



Die UBS bemühte sich bei der gestrigen Präsentation des Transparenzberichts darum, ihre Reputation aufzupolieren.

## Villiger kritisiert frühere Topkader

**Die UBS räumt Fehler ein. Dennoch verzichtet die Grossbank wie angekündigt auf Klagen gegen Verantwortliche.**

Mit dem Bericht zur Aufarbeitung der Krise im eigenen Haus will die UBS «einen Schlussstrich» unter den Steuerstreit mit den USA ziehen. Den Bericht hatten die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) des Parlaments gefordert. Gestern legte die UBS das 76-seitige Papier vor. «Was geschehen ist, hätte nicht geschehen dürfen», schreibt Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger im Vorwort. Die UBS habe aber die Lehren gezogen und wolle sich nun auf die Zukunft konzentrieren. Für die

Vergangenheitsbewältigung habe die UBS eine «dreistellige» Millionensumme ausgegeben, betonte Villiger. Es seien über ein Dutzend interner und externer Untersuchungen erstellt worden, die in den Bericht eingeflossen seien.

**Klagen brächten nichts**

Auf Klagen gegen Verantwortliche hatte der Verwaltungsrat schon im Dezember 2009 verzichtet. Den Verzicht begründet die Bank mit dem ungewissen Erfolg, den hohen Kosten, der Negativpublizität und der Auswirkung auf andere Prozesse. Ein Verfahren gegen Verantwortliche wie Ex-Präsident Marcel Ospel würde etwa die Position der UBS in den USA schwächen.

Mit dem als «Transparenzbericht» bezeichneten Papier beleuchtet die Grossbank, wie es dazu kommen konnte, dass sie im Nachgang der Immobilienkrise in den USA Milliardenverluste hinnehmen musste und ihr der Staat schliesslich mit einem Rettungspaket unter die Arme greifen musste. Als eine der Ursachen nennt die Grossbank die Wachstumsstrategie im Investmentbanking. Die Konzentration sei zu stark auf der Umsatzsteigerung gelegen, ohne dass die Risiken berücksichtigt worden seien. Risiken seien zudem falsch eingeschätzt worden.

**Einzelne trügen die Schuld**

Für die Probleme mit den US-Steuerbehörden wegen des Ge-

schäfts mit reichen Privatkunden aus den USA macht die UBS vor allem den Umgang mit einzelnen Kundenberatern verantwortlich: Regeln seien zu wenig durchgesetzt worden. Es habe zudem falsche Anreize gegeben. Zum Debakel beigetragen haben aber aus Sicht der UBS nicht nur fachliche Probleme und die Finanzkrise, sondern auch die Unternehmenskultur: «Die erfolgreichen Jahre vor Ausbruch der Krise mögen zu einer gewissen Selbstüberschätzung, Kritikerresistenz oder gar Überheblichkeit geführt haben», heisst es im Bericht. sda

Jetzt online:

UBS-Transparenzbericht  
Dossier zur Grossbank  
[www.ubs.bernerzeitung.ch](http://www.ubs.bernerzeitung.ch)

## REAKTIONEN

## Lob der Bürgerlichen

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) des Parlaments haben zurückhaltend auf den Bericht der UBS reagiert. Erst in einigen Wochen soll ihre Stellungnahme vorliegen. Die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP lobten den Bericht. FDP-Fraktionschefin Gabi Huber sagte gegenüber Schweizer Radio DRS, es sei einmalig, dass eine Bank Fehler einräume. Die SP dagegen las nichts Neues. Und die Genfer SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi (GE) meinte, dass die Grossbank definitiv auf Klagen gegen die ehemalige Führung verzichten wolle, mache ihr Mühe. sda